

BMB

Bundesministerium
für Bildung

EU-Ressortbericht 2017

des Bundesministeriums
für Bildung

Auf der Grundlage des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission
und des Arbeitsprogramms der maltesischen Präsidentschaft –
mit einer Vorausschau auf die estnische Präsidentschaft



EU-Ressortbericht 2017

des Bundesministeriums
für Bildung

Wien, 2017

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Bildung

Abt. EU-Koordination und multilaterale

Angelegenheiten (Präs. 15)

Minoritenplatz 5, 1010 Wien

www.bmb.gv.at

Tel.: +43 1 531 20-0

Grafische Gestaltung: BKA Grafik & Design

Druck: Digitales Druckzentrum Renngasse

Wien, 2017

Inhalt

1 Zusammenfassung	4
2 Überblick über die europäische Bildungskooperation	5
2.1 Europa 2020-Strategie	5
2.2 Strategischer Rahmen <i>Education & Training 2020</i> (ET 2020)	6
2.3 Erasmus+	6
3 Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017	8
4 Arbeitsprogramm der maltesischen Präsidentschaft (1. Jahreshälfte 2017)	9
4.1 Inklusion und Diversität	9
4.2 Jugendinitiative	9
4.3 Neue Europäische Agenda für Kompetenzen	10
5 Estnische Präsidentschaft (2. Jahreshälfte 2017)	11

1 Zusammenfassung

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 steht im Bildungsbereich im Zeichen der Umsetzung der neuen Europäischen Agenda für Kompetenzen (*New Skills Agenda for Europe*), die im Jahr 2016 veröffentlicht wurde. Dabei wird der Fokus auf der Modernisierung der Schul- und der Hochschulbildung liegen. Im Rahmen der Europa 2020-Strategie bleiben die Senkung der Schulabbruchsquote sowie die Erhöhung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, primäre Ziele der gemeinsamen EU-Bildungspolitik.

Nach der Ende 2015 erfolgten Halbzeitbewertung von ET 2020 (*Education and Training 2020*), dem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, bleiben die laufenden Prioritäten bestehen.

Erasmus+, das Programm der Europäischen Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (2014 bis 2020) ist ein anhaltender Erfolg. 2017 steht die Halbzeitbewertung von Erasmus+ an, die eine wichtige Grundlage für das zu verhandelnde Nachfolgeprogramm ab 2021 liefern soll.

Die maltesische Ratspräsidentschaft (Jänner-Juni 2017) hat angekündigt, sich auf die Themen Inklusion und Diversität sowie auf die Umsetzung der neuen Europäischen Agenda für Kompetenzen konzentrieren zu wollen.

Die estnische Ratspräsidentschaft (Juli-Dezember 2017) wird als Querschnittsthema die digitale Dimension aller Politikbereiche haben. Ein genaues Programm liegt noch nicht vor. Im Bildungsbereich soll aber ebenfalls weiter an der Umsetzung der neuen Europäischen Agenda für Kompetenzen gearbeitet werden, dem Programm der Europäischen Kommission folgend mit Fokus auf die Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung.

2 Überblick über die europäische Bildungskooperation

Im Bereich Bildung hat die Europäische Union gemäß ihrer Verträge keine Regelungskompetenz. Es gibt keine gemeinsame Bildungspolitik, die einzelnen Mitgliedstaaten gestalten ihre Bildungssysteme selbst, kooperieren aber auf EU-Ebene gem. Art. 165-166 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Der große Mehrwert der EU-Bildungszusammenarbeit liegt in der Definition gemeinsamer politischer Ziele und im Austausch von Erfahrungen bei der Umsetzung bildungspolitischer Vorhaben. Beide setzen Impulse für nationale Entwicklungen.

Die großen Linien der EU-Bildungspolitik werden von der globalen Europa 2020-Strategie bzw. dem bildungsspezifischen strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit, *Education & Training 2020* (ET 2020), vorgegeben. Das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ ermöglicht Lernmobilität und praktische grenzüberschreitende Kooperation von Bildungsinstitutionen.

2.1 Europa 2020-Strategie

»Europa 2020« ist die Wachstumsstrategie der Europäischen Union, die als übergeordnete Prioritäten »intelligentes, nachhaltiges und integratives« Wachstum festlegt. Die Fortschritte der Europa 2020-Strategie sollen anhand von fünf Kernzielen gemessen werden.

Im Bildungsbereich soll die Schulabbruchsquote auf unter 10 % verringert werden und der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschul- oder gleichwertiger Bildung auf mindestens 40 % gesteigert werden.

Zu den europäischen Kernzielen haben sich die Mitgliedstaaten, je nach nationalen Gegebenheiten, nationale Ziele gesetzt. Österreich möchte die Quote der frühzeitigen SchulabbrecherInnen auf 9,5 % verringern und den Anteil der Hochschul- oder gleichwertigen Abschlüsse auf 38 % erhöhen (zuletzt 38,7 %). Bei den frühzeitigen SchulabbrecherInnen liegt Österreich mit derzeit 7,3 % bereits deutlich unter der EU-Benchmark. Trotzdem kommt dem Thema weiterhin große Aufmerksamkeit zu. So wurde die nationale Strategie zur Verhinderung von frühzeitigem (Aus-) Bildungsabbruch 2016 überarbeitet und mit dem Beschluss des Ausbildungspflichtgesetzes ein wichtiger Meilenstein gesetzt.

2.2 Strategischer Rahmen *Education & Training 2020* (ET 2020)

Der Strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020), der 2009 beschlossen und 2015 einer Halbzeitrevision unterzogen wurde, bietet eine Plattform für Diskussionen und den Austausch bewährter Verfahren, die wiederum Impulse für nationale Reformen setzen soll.

ET 2020 definiert vier strategische Ziele für die europäische Bildungszusammenarbeit:

- Lebenslanges Lernen und Mobilität als Realität,
- Verbesserung der Qualität und der Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung,
- Förderung von Gerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Bürgerschaft und
- Förderung von Kreativität und Innovation – einschließlich unternehmerischen Denkens – auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Die Mitgliedstaaten legen weiters zusammen mit der Europäischen Kommission prioritäre Bereiche fest, in denen sie auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten. Gemeinsam definierte Benchmarks dienen dazu, Fortschritte in der gemeinsamen Arbeit sichtbar zu machen.

Zur konkreten Bearbeitung der derzeitigen Prioritäten wurden sechs ExpertInnen-Arbeitsgruppen zu folgenden Sektoren/Themen eingerichtet:

- Schule,
- Hochschule,
- Berufsbildung,
- Erwachsenenbildung,
- digitale Fertigkeiten & Kompetenzen,
- Bürgerschaft und gemeinsame Werte wie Freiheit, Toleranz und Nicht-Diskriminierung (*follow-up* zur Pariser Deklaration vom März 2015)

Österreich ist in den Arbeitsgruppen mit ExpertInnen aus dem BMB (Hochschule: BMWF) bzw. BMB-nahen Institutionen vertreten und gestaltet diesen Prozess auf europäischer Ebene aktiv mit. Besonders begrüßenswert ist der verstärkte Fokus auf Inklusion, politische Bildung und Radikalisierungsprävention im Rahmen des *follow-up* zur Pariser Deklaration.

2.3 Erasmus+

Erasmus+ ist das Programm der Europäischen Union für die allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport für den Zeitraum 2014 bis 2020. Im Zentrum stehen die Förderung von Mobilität und transnationaler Zusammenarbeit sowie der Austausch bewährter Praxis. Die jährlichen Arbeitsprogramme von Erasmus+ folgen den strategischen Prioritäten aus der Europa 2020-Strategie und dem strategischen Rahmen ET 2020.

Erasmus+ bietet die Chance, in einem anderen europäischen Land zu lernen, zu unterrichten, ein Praktikum zu absolvieren oder grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Das Programm fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch über pädagogische Methoden und verbessert die fachlichen und sprachlichen Kompetenzen von Lehrenden. Lernende verbessern durch

eine Auslandserfahrung oder ein länderübergreifendes Projekt ihre sprachlichen, sozialen und interkulturellen Kompetenzen. Zusätzlich wird ein erhöhtes Bewusstsein für ein gemeinsames Europa und ein vertieftes Verständnis für soziale, sprachliche und kulturelle Vielfalt geschaffen. Die Internationalisierung des Bildungswesens, die Förderung der europäischen Dimension sowie die Mobilität im Bildungsbereich haben in Österreich eine Breitenwirkung entfaltet, die ohne die EU-Bildungsprogramme nicht denkbar wäre. Allein im Jahr 2016 wurden über 13.000 Mobilitäten und mehr als 400 Projekte genehmigt.

Im Jahr 2017 stehen Österreich für den gesamten Bereich Bildung voraussichtlich circa 32,2 Millionen Euro an EU-Fördermitteln zur Verfügung (davon 14,6 Millionen Euro für den Bereich Hochschulbildung sowie weitere 2,6 Millionen Euro für internationale Hochschulmobilität). Das BMB als nationale Behörde im Bildungsbereich des Programms sichert die maximale Ausschöpfung der EU-Mittel durch nationale Kofinanzierungsmittel für österreichische Projekte.

Im Jahr 2017 wird das Programm auf nationaler sowie auf EU-Ebene einer Halbzeitevaluierung unterzogen, die Grundlage für das zu verhandelnde Nachfolgeprogramm wird, das 2021 in Kraft treten soll.

3 Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission folgt weiterhin den zehn Prioritäten, die zu Beginn der Amtszeit der Kommission festgelegt wurden. Im prioritären Bereich 1, »Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen«, ist für 2017 eine Initiative im Jugendbereich geplant. Diese setzt sich zum Ziel, dass jeder Jugendliche echte Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungschancen bekommt.

Die Initiative umfasst einen Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps sowie Umsetzungsmaßnahmen der neuen Europäischen Agenda für Kompetenzen (*Skills Agenda*) aus dem Jahr 2016, darunter einen Qualitätsrahmen für Berufsausbildungen, einen Vorschlag zur Modernisierung der Schul- und der Hochschulausbildung sowie einen Vorschlag für eine verbesserte Nachverfolgung der Ergebnisse von Hochschulabsolventen und von jungen Menschen, die eine berufliche Aus- und Weiterbildung absolviert haben.

Weitere Themen werden die Förderung der Mobilität von Auszubildenden und die Nachverfolgung des Arbeitsmarkterfolgs von Jugendlichen, die ihre allgemeine oder berufliche Bildung abgeschlossen haben, sein.

4 Arbeitsprogramm der maltesischen Präsidentschaft (1. Jahreshälfte 2017)

Die maltesische Präsidentschaft konzentriert sich im Bildungsbereich auf die Themen Inklusion und Diversität sowie auf die Umsetzung der neuen Europäischen Agenda für Kompetenzen (*Skills Agenda*).

4.1 Inklusion und Diversität

Beim Rat der BildungsministerInnen am 17. Februar 2017 sollen Ratsschlussfolgerungen zum Thema »Inklusion in Diversität zur Erreichung qualitativ hochwertiger Bildung für alle« (engl.: »*Inclusion in Diversity to achieve a Higher Quality Education For All*«) angenommen werden. Vorbereitend dazu organisiert die Präsidentschaft am 16./17. Jänner 2017 eine Konferenz zum Thema »Leadership in der Schule, Chancengerechtigkeit und Inklusion« (engl.: »*School Leadership, Equity and Inclusivity*«).

Bewertung

Österreich begrüßt das Thema, das u. a. auf Grund der Flüchtlingssituation zunehmend an Aktualität gewonnen hat.

4.2 Jugendinitiative

In der Mitteilung der Europäischen Kommission »Investieren in Europas Jugend« vom 7. Dezember 2016 wird betont, dass Investitionen in junge Menschen das Fundament für eine gerechte, offene und demokratische Gesellschaft, für gesellschaftliche Mobilität und Inklusion sowie für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Beschäftigung legen. Neben der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und der Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps widmet sich die Mitteilung auch dem Thema Kompetenzen und Fähigkeiten. Die BildungsministerInnen werden dazu in Form von Ratsschlussfolgerungen Stellung nehmen.

Bewertung

Ein verstärkter Fokus auf Investitionen für junge Menschen ist grundsätzlich zu begrüßen. Die konkreten Maßnahmen im Bildungsbereich werden zum Großteil über die neue Europäische Agenda für Kompetenzen (*Skills Agenda*) und das Erasmus+ Programm abgedeckt.

4.3 Neue Europäische Agenda für Kompetenzen

Die Europäische Kommission hat im Juni 2016 die Mitteilung »Eine neue Europäische Agenda für Kompetenzen« (*Skills Agenda*) veröffentlicht, um den Herausforderungen von gering qualifizierten Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen. Im Rahmen dieser *Skills Agenda* wurden zehn Maßnahmen angekündigt, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Die maltesische Präsidentschaft wird hinsichtlich der Umsetzung der *Skills Agenda* die Verhandlungen zu Europass und zum Europäischen Qualifikationsrahmen weiterführen:

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rahmen für die Bereitstellung besserer Dienste für Kompetenzen und Qualifikationen (Europass)

Der im Oktober 2016 veröffentlichte Vorschlag dient der Modernisierung der EU-Instrumente und -Dienste im Bereich Kompetenzen und Qualifikationen, damit diese die veränderten Bedürfnisse der NutzerInnen auf dem Arbeitsmarkt und in der allgemeinen und beruflichen Bildung widerspiegeln, dem technischen Fortschritt und neuen Formen des Informationsaustauschs angepasst werden und in der Lage sind, die Menschen bei Übergängen zwischen Lern- und Arbeitsphasen zu unterstützen. Unter maltesischer Präsidentschaft soll eine allgemeine Ausrichtung erreicht werden.

Bewertung

Während die grundsätzlichen Gedanken der Effizienzsteigerung, der Verbesserung der Instrumente und der Verwaltungsvereinfachung von Österreich und zahlreichen anderen Mitgliedstaaten begrüßt werden, bestehen derzeit noch erhebliche Zweifel sowohl bezüglich der Governance der neuen Struktur, als auch bezüglich der umfassenden Integration weitreichender Services und Instrumente, die bisher nicht Teil von Europass waren, bzw. sich an stark unterschiedliche Zielgruppen richten.

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über den Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen und zur Aufhebung der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen

Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen wurde 2008 mit dem Ziel eingerichtet, die Vergleichbarkeit und Transparenz sowie Übertragbarkeit von Qualifikationen in Europa zu verbessern. Der gemeinsame Referenzrahmen umfasst acht allgemeine Lernniveaus, die als »Übersetzung« zwischen nationalen Qualifikationssystemen dienen sollen. Mit der Überarbeitung des Europäischen Qualifikationsrahmens soll der existierende Referenzierungsprozess gestärkt und die Vergleichbarkeit verbessert sowie flexiblere Lernwege unterstützt werden. Die maltesische Präsidentschaft plant die Annahme der Empfehlung beim Rat der BildungsministerInnen am 22. Mai 2017.

Bewertung

Grundsätzlich ist aus österreichischer Sicht anzumerken, dass die neue Empfehlung an die Empfehlung 2008 anknüpfen und deren »Unschärfen« beseitigen soll, um so die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) in vielen Bereichen klarer, strukturierter, transparenter und qualitätsgesicherter zu gestalten. Dennoch bleibt der vorliegende Entwurf gerade hier in vielen Bereichen säumig und schafft eher Unklarheiten.

5 Estnische Präsidentschaft (2. Jahreshälfte 2017)

Estland hat für seine Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2017 noch kein detailliertes Arbeitsprogramm für den Bildungsbereich vorgelegt. Die estnische Präsidentschaft wird aber die digitale Dimension aller Politikbereiche als Querschnittsthema behandeln.

Im Bildungsbereich ist geplant, ebenfalls weiter an der Umsetzung der *Skills Agenda* zu arbeiten:

Zum Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rahmen für die Bereitstellung besserer Dienste für Kompetenzen und Qualifikationen (Europass) soll der Trilog zwischen Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament beginnen, sofern unter maltesischer Präsidentschaft eine allgemeine Ausrichtung erreicht wird.

Weiters wird sich Estland den für Frühjahr 2017 geplanten Vorschlägen der Europäischen Kommission widmen, nämlich der **Modernisierung der Hochschulausbildung**, insbesondere einem Vorschlag für eine verbesserte Nachverfolgung der Ergebnisse von Hochschulabsolventen.

Eine Präsidentschaftskonferenz im September 2017 soll sich mit neuen Zugängen zu Lernen und Lehren beschäftigen.

